

No. 36467

**Austria
and
Lithuania**

Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Republic of Lithuania on the readmission of persons, who illegally entered the territory of the other contracting party (Readmission Agreement). Vienna, 9 December 1998

Entry into force: *1 January 2000 by notification, in accordance with article 15*

Authentic texts: *German and Lithuanian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 9 February 2000*

**Autriche
et
Lituanie**

Accord entre le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Lituanie concernant la réadmission des personnes entrées illégalement sur le territoire de l'autre Partie contractante (Accord de réadmission). Vienne, 9 décembre 1998

Entrée en vigueur : *1er janvier 2000 par notification, conformément à l'article 15*

Textes authentiques : *allemand et lituanien*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 9 février 2000*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Litauen über die Übernahme von Personen, die illegal in das Gebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind (Rückübernahmeabkommen)

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Litauen (im weiteren Vertragsparteien genannt),

ausgehend von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und ihren Völkern,

in der Absicht, der illegalen Zuwanderung im Geiste der europäischen Anstrengungen entgegenzutreten,

von dem Bestreben geleitet, die Übernahme von Personen, die illegal eingereist sind oder sich illegal auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, und die Durchbeförderung von Personen im Einklang mit allgemeinen völkerrechtlichen Normen und im Geiste der Zusammenarbeit zu erleichtern,

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Übernahme eigener Staatsangehöriger

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt formlos die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt. Das gleiche gilt für Personen, die nach der Einreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei verloren haben, ohne zumindest eine Einbürgerungszusicherung seitens der ersuchenden Vertragspartei erhalten zu haben, oder denen von der ersuchten Vertragspartei zu Unrecht ein Reisedokument ausgestellt wurde.

(2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Personen unter denselben Voraussetzungen wieder zurück, wenn die Nachprüfung innerhalb von sechs Monaten ergibt, daß sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei nicht die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt haben.

Artikel 2

(1) Falls die Staatsangehörigkeit nicht entsprechend Artikel 1 Absatz 1 festgestellt werden kann, wird die diplomatische Mission oder konsularische Vertretung jener Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person vermutlich besitzt, diese auf Ersuchen klarstellen und erforderlichenfalls ein Ersatzreisedokument zur Verfügung stellen.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Ersuchen gemäß Absatz 1 unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen. Stellt die ersuchte Vertragspartei die Staatsangehörigkeit fest, so stellt sie das allenfalls erforderliche Ersatzreisedokument unverzüglich aus. Läßt sich die Staatsangehörigkeit nicht feststellen, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Gründe hierfür mitteilen.

(3) Die Rückkehr erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 30 Tagen nach Feststellung der Staatsangehörigkeit. Diese Frist wird auf Ersuchen für die Dauer rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse weiter verlängert. Die ersuchende Vertragspartei informiert die ersuchte Vertragspartei unverzüglich über den Wegfall dieser Hindernisse.

Artikel 3

Die Übergabe einer Person, die wegen ihres Alters, Gesundheitszustandes oder aus anderen schwerwiegenden Gründen besonderer Pflege bedarf oder bei der besondere Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, wird der zuständigen Stelle jener Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person besitzt, mindestens eine Woche vorher unter Angabe des Ortes und des Zeitpunkts der Übergabe angekündigt, damit diese Vertragspartei die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der Person treffen kann.

Abschnitt II

Übernahme von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen

Artikel 4

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, welche die auf dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei gültigen Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllen, sofern nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß diese Personen in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind, nachdem sie sich auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei aufgehalten haben oder durch jenes durchgereist sind.

(2) Die Verpflichtung zur Übernahme gemäß Absatz 1 besteht nicht für:

1. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die bei ihrer unmittelbaren Einreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei waren oder denen bei oder nach ihrer Einreise ein Visum oder ein anderer Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde, es sei denn, daß diese Personen Visa oder andere Aufenthaltstitel besitzen, die von der ersuchten Vertragspartei ausgestellt wurden und die länger gültig sind als jene der ersuchenden Vertragspartei;
2. Staatsangehörige dritter Staaten, mit denen die ersuchende Vertragspartei Abkommen über die Abschaffung der Visumpflicht geschlossen hat, es sei denn, eine solche Person wäre im Zuge einer Schlepperaktion vom Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei auf jenes der ersuchenden Vertragspartei gelangt;
3. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die nach Verlassen des Hoheitsgebietes der ersuchten Vertragspartei und vor Betreten des Hoheitsgebietes der ersuchenden Vertragspartei ein Visum eines anderen Staates erhalten haben, es sei denn, eine solche Person wäre im Zuge einer Schlepperaktion vom Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei auf jenes der ersuchenden Vertragspartei gelangt oder sie hätte sich das Visum unter Verwendung ge- oder verfälschter Dokumente erschlichen;
4. Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, denen die ersuchende Vertragspartei entweder den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, abgeändert durch das Protokoll von New York vom 31. Jänner 1967, oder den Status von Staatenlosen gemäß der Konvention von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen zuerkannt hat;
5. Staatsangehörige eines Staates, mit dem die ersuchende Vertragspartei eine gemeinsame Grenze hat oder der räumlich zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien liegt, und Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die in einem solchen Staat zum dauernden Aufenthalt berechtigt sind, sofern die Ausreise in diesen Staat möglich ist.

Artikel 5

Als Aufenthaltstitel im Sinne dieses Rückübernahmeabkommens gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis gleich welcher Art, die zum Aufenthalt in deren Hoheitsgebiet berechtigt. Hiezu zählt nicht die befristete Zulassung zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens.

Artikel 6

(1) Der Antrag auf Übernahme muß innerhalb von zwölf Monaten nach Kenntnis der ersuchenden Vertragspartei von der rechtswidrigen Einreise oder des rechtswidrigen Aufenthalts des Drittstaatsangehörigen oder des Staatenlosen gestellt werden.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Übernahmeanträge unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen. Lehnt die ersuchte Vertragspartei die Übernahme ab, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mitteilen.

(3) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien verständigen einander schriftlich im voraus über Ort und Zeitpunkt der Übernahme.

(4) Die Übernahme des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von drei Monaten, nachdem die ersuchte Vertragspartei der Übernahme zugestimmt hat. Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei für die Dauer rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse verlängert.

Artikel 7

Die ersuchende Vertragspartei nimmt einen Drittstaatsangehörigen oder einen Staatenlosen zurück, wenn die ersuchte Vertragspartei nach der Übernahme feststellt, daß die Voraussetzungen nach Artikel 4 nicht vorgelegen haben.

Abschnitt III

Durchbeförderung

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei übernimmt die polizeiliche Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, wenn die andere Vertragspartei darum ersucht und die Übernahme durch den Zielstaat und die Weiterreise durch allfällige weitere Durchbeförderungsstaaten sichergestellt ist.

(2) Die Durchbeförderung wird nicht beantragt und kann abgelehnt werden, wenn die Person im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat Gefahr läuft, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden, oder in seinem Leben oder seiner Freiheit aus Gründen seiner Rasse, seiner Religion, seiner Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Ansichten bedroht wäre. Die Durchbeförderung kann weiters abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im ersuchten Staat strafgerichtlich verfolgt werden müßte oder ihm im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat strafrechtliche Verfolgung droht.

(3) Lehnt die ersuchte Vertragspartei das Ersuchen um Durchbeförderung mangels Vorliegens der erforderlichen Voraussetzungen ab, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mitteilen.

(4) Ein Transitivisum der ersuchten Vertragspartei ist nicht erforderlich.

(5) Trotz erteilter Bewilligung können zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgegeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

Abschnitt IV

Begleitung

Artikel 9

(1) Sofern die Beförderung von Personen, die gemäß den Artikeln 3 oder 4 übernommen oder gemäß Artikel 8 durchbefördert werden, unter Begleitung erfolgen soll, wird die ersuchte Vertragspartei von der ersuchenden Vertragspartei hievon in Kenntnis gesetzt.

(2) Die Begleitung bis zur Übergabe der Person an die ersuchte Vertragspartei wird grundsätzlich von der ersuchenden Vertragspartei beigestellt.

(3) Erfolgt die Beförderung von Personen, die gemäß Artikel 8 durchbefördert werden, unter Begleitung des Personals der ersuchenden Vertragspartei, so überwacht die ersuchte Vertragspartei im Falle der Weiterreise auf dem Luftweg die Zwischenlandung auf ihrem Flughafen.

(4) Das Begleitpersonal der ersuchenden Vertragspartei darf die internationale Zone des Flughafens der ersuchten Vertragspartei nicht verlassen.

Abschnitt V

Kosten

Artikel 10

Alle mit der Übernahme gemäß den Artikeln 3 und 4 zusammenhängenden Kosten bis zur Grenze der ersuchten Vertragspartei sowie die Kosten der Durchbeförderung gemäß Artikel 8 trägt die ersuchende Vertragspartei. Das gleiche gilt für die Fälle der Rückübernahme gemäß Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 7.

Abschnitt VI

Datenschutz

Artikel 11

(1) Soweit für die Durchführung dieses Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen:

1. die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Pseudonyme, Aliasnamen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und gegebenenfalls frühere Staatsangehörigkeit);
2. den Reisepaß, den Personalausweis, sonstige Identitäts- und Reisedokumente und Passierscheine (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.);
3. sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben;
4. die Aufenthaltsorte und Reisewege;
5. die ausgestellten Aufenthaltstitel oder Visa;
6. allenfalls vorhandenes erkennungsdienstliches Material, das für die Prüfung der Übernahme-voraussetzungen nach diesem Abkommen von Belang sein könnte.

(2) Soweit personenbezogene Daten im Rahmen dieses Abkommens übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften:

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist es sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Die übermittelnde und empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
6. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Übermittelte Daten, die von der übermittelnden Behörde gelöscht werden, sind binnen sechs Monaten auch vom Empfänger zu löschen.

Abschnitt VII

Durchführungsbestimmungen

Artikel 12

Die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen weiteren Regelungen über

1. die Art und Weise der gegenseitigen Verständigung und die praktische Vorgangsweise,
2. die Angaben, die in den Übernahme- und Durchbeförderungsanträgen enthalten sein müssen,
3. die Unterlagen und Beweismittel bzw. Mittel zur Glaubhaftmachung, die zur Übernahme erforderlich sind, und die Wertigkeit dieser Mittel,
4. die für die Durchführung dieses Abkommens zuständigen Stellen,
5. die Kostenregelung und
6. die Abhaltung von Expertengesprächen

werden in einem Protokoll zur Durchführung dieses Abkommens vereinbart.

Abschnitt VIII
Schlußbestimmungen

Artikel 13

Die Vertragsparteien unterstützen einander bei der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens und des Durchführungsprotokolls. Streitigkeiten, die aus der Anwendung und der Interpretation dieses Abkommens entstehen könnten, werden auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

Artikel 14

Die Bestimmungen dieses Abkommens lassen die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus der Anwendung anderer völkerrechtlicher Abkommen unberührt.

Artikel 15

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann im beiderseitigen Einvernehmen geändert oder ergänzt werden.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen auf diplomatischem Weg kündigen. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die Notifikation der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit suspendieren. Die Suspendierung, die auf diplomatischem Weg zu erfolgen hat, tritt mit Einlangen der Notifikation bei der anderen Vertragspartei in Kraft.

GESCHEHEN ZU Wien am 9. Dezember 1998 in zwei Urschriften in deutscher und litauischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Karl Schlögl m. p.

Für die Regierung der Republik Litauen:

St. Sedbaras m. p.

[LITHUANIAN TEXT — TEXTE LITUANIEN]

**Austrijos Respublikos Federalinės Vyriausybės ir Lietuvos Respublikos
Vyriausybės Sutartis dėl nelegaliai įvažiavusių į kitos Susitariančios Šalies
teritoriją asmenų perėmimo
(Readmisijos sutartis)**

Austrijos Respublikos Federalinė Vyriausybė ir Lietuvos Respublikos Vyriausybė
(toliau Susitariančios Šalys)

besiremdamos draugiškais abiejų valstybių ir jų tautų santykiais,

ketindamos Europos pastangų dvasioje priešintis nelegaliai asmenų imigracijai,

siekdamos palengvinti nelegaliai į kitos Susitariančiosios Šalies teritoriją
įvažiavusių arba nelegaliai joje esančių asmenų perėmimą ir asmenų pervežimą
tranzitu pagal visuotines tarptautines teisės normas bei bendradarbiavimo
dvasioje.

susitarė:

I Skyrius
Savo piliečių atsiėmimas
1 straipsnis

(1) Kiekviena Susitariančioji Šalis be ypatingų formalumų perima kitos
Susitariančiosios Šalies prašymu asmenį, kuris prašančiosios Susitariančiosios
Šalies teritorijoje neįvykdė ar daugiau nevykdo galiojančių įvažiavimo ar buvimo
tvarkos reikalavimų, jei yra įrodoma ar yra pagrindo manyti, kad jis turi
prašomosios Susitariančiosios Šalies piliatybę. Tai taip pat taikoma asmenis, kurie
po jų įvažiavimo į prašančiosios Susitariančiosios Šalies teritoriją prarado

prašomosios Susitariančiosios Šalies pilietybę, negavę bent prašančiosios Susitariančiosios Šalies užtikrinimo dėl pilietybės teisių suteikimo, arba joms prašomoji Susitariančioji šalis yra neteisėtai išdavusi kelionės dokumentą.

(2) Prašančioji Susitariančioji Šalis atsiima šiuos asmenis tokiomis pat sąlygomis, jei papildomas patikrinimas, trunkantis iki 6 mėnesių, nustato, kad jie išvykimo iš prašančiosios Susitariančiosios Šalies teritorijos metu neatitiko 1 straipsnio reikalavimų.

2 straipsnis

(1) Jeigu pilietybė pagal 1 straipsnio (1) pastraipą negali būti nustatyta, tai tos Susitariančiosios Šalies, jei yra numanoma, kad tas asmuo yra jos pilietis, diplomatinė ar konsulinė įstaiga pagal prašymą nustato pilietybės turėjimo faktą ir, reikalui esant, išduoda kelionės dokumentą.

(2) Prašomoji Susitariančioji Šalis atsako į perėmimo prašymą pagal (1) pastraipą nedelsiant, t.y. ne vėliau kaip per 14 dienų. Jei prašomoji Susitariančioji Šalis nustato pilietybės turėjimo faktą, ji nedelsdama išduoda reikalingus kelionės dokumentus. Jei pilietybės turėjimo fakto nustatyti negalima, tai prašančiajai Susitariančiajai Šaliai turi būti praneštos to priežastys.

(3) Asmuo perduodamas nedelsiant, tačiau ne vėliau kaip per 30 dienų po pilietybės fakto nustatymo. Prašymo pagrindu šis terminas yra pratęsiamas faktinių arba teisinių kliūčių trukmės laikotarpiui. Prašančioji Susitariančioji Šalis nedelsiant informuoja prašomąją Susitariančiąją Šalį apie šių kliūčių dingimą.

3 straipsnis

Kad prašomoji Susitariančioji Šalis galėtų pasirūpinti asmenų, kuriais dėl jų amžiaus, sveikatos stovio, kitų svarbių priežasčių ar dėl apsaugos ar saugumo sumetimų turi būti ypatingai pasirūpinta, perėmimu, prašančioji Susitariančioji Šalis praneša apie tokių asmenų perdavimą prašomosios Susitariančios Šalies kompetetingai įstaigai vėliausiai prieš savaitę, nurodant perdavimo laiką ir vietą.

II Skyrius

Trečiųjų valstybių piliečių ir asmenų be pilietybės perėmimas

4 straipsnis

(1) Kiekviena Susitariančioji Šalis kitos Susitariančios Šalies prašymu perima trečiosios valstybės piliečius arba asmenis be pilietybės, jei jie nevykdo prašančiosios Susitariančiosios Šalies įvažiavimo ir buvimo joje reikalavimų arba jei įrodoma ar yra pagrindo manyti, kad šie asmenys atvyko į prašančiosios Susitariančios Šalies teritoriją po to, kai jio pabuvojo prašomosios Susitariančios Šalies teritorijoje arba pravažiavo ją tranzitu.

(2) Reikalavimas perimti pagal 1 pastraipą negalioja:

1. Trečiųjų valstybių piliečiams ir asmenims be pilietybės, kurie jų tarpininko atvykimo iš prašomosios Susitariančiosios Šalies teritorijos į prašančiosios Susitariančios Šalies teritoriją metu turėjo išduotą galiojančią prašančiosios Susitariančiosios Šalies vizą ar suteiktą kitokį dokumentuotą buvimo tosinį statusą arba kuriems tokia visa buvo išduota ar toks statusas buvo suteiktas po įvažiavimo į šią Susitariančiąją Šalį, išskyrus tą atvejį, kai šie asmenys turi prašomosios Susitariančiosios Šalies išduotą vizą ar suteiktą kitokį buvimo tosinį statusą, kurie galioja ilgiau negu prašančiosios Susitariančiosios Šalies;
2. Trečiųjų valstybių, su kuriomis prašančioji Susitariančioji Šalis yra pasirašiusi sutartis dėl bevizio režimo, piliečiams, išskyrus tą atvejį, kai tokie piliečiai pateko į prašančiosios Susitariančiosios Šalies teritoriją iš prašomosios Susitariančiosios Šalies teritorijos nelegalių pergabenimo metu;
3. Trečiųjų valstybių piliečiams ir asmenims be pilietybės, kurie po išvykimo iš prašomosios Susitariančiosios Šalies teritorijos ir iki įvažiavimo į prašančiosios

Susitarinčioja Šalis teritoriją gavo kitos valstybės vizą, išskyrus tą atvejį, kai tokie piliečiai pateko į prašančiosios Susitarinčiosios Šalies teritoriją iš prašomosios Susitarinčiosios Šalies teritorijos nelegalių pergabenimo metu arba gavo vizą naudodami suklastotus dokumentus;

4. Trečiųjų valstybių piliečiams ir asmenims be pilietybės, kuriems prašančioji Susitarinčioji Šalis suteikė pabėgolio statusą pagal 1951.07.28 d. Ženevos konvenciją dėl pabėgėlių statuso, pakeistą 1967.01.31 d. Niujorko protokolu, arba asmenims be pilietybės statusą pagal 1954.09.28 d. Niujorko konvenciją dėl asmenų be pilietybės statuso;
5. Tų valstybių, kurios turi bendrą sieną su prašančiąja Susitarinčiąja Šalimi, arba kurtų teritorija yra tarp Susitarinčiųjų Šalių teritorijų, piliečiams ir trečiųjų valstybių piliečiams bei asmenims be pilietybės, kurie turi leidimą nuolat gyventi tose valstybėse, jeigu išvykti į tas valstybes yra įmanoma.

5 straipsnis

Šioje sutartyje teisiniu buvimo statusu yra laikoma bet koks leidimas, išduotas vienos iš Susitarinčiųjų Šalių, kuris suteikia asmeniui teisę būti jos teritorijoje. Leidimas laikinai būti, kuris yra išduotas politinio prieglobsčio suteikimo procedūros laikui, nėra priskiriamas prie sukėčiavimų.

6 straipsnis

(1) Prašymas perimti privalo būti pateiktas per 12 mėnesių po to momento, kai prašančiosios Susitarinčiosios Šalies kompetentingos institucijos sužino apie neteisėtą trečiųjų valstybių piliečių arba asmenų be pilietybės įvažiavimą arba buvimą.

(2) Prašomoji Susitarinčioji Šalis atsako į prašymą perimti nedelsiant, tačiau ne vėliau, kaip per 14 dienų. Jei prašomoji Susitarinčioji Šalis atsisako perimti, tai to priežastys turi būti praneštos prašančiajai Susitarinčiajai Šaliai.

(3) Susitarinčiųjų Šalių kompetentingos įstaigos iš anksto susitaria raštu apie perėmimo laiką ir vietą.

(4) Trečiųjų valstybių piliečiai arba asmenys be pilietybės perimami nedelsiant, tačiau ne vėliau kaip po 3 mėnesių nuo to momento, kai prašomoji Susitariančioji Šalis sutiko juos perimti. Prašančiosios Susitariančiosios Šalies prašymo pagrindu, šis terminas yra pratęsiamas faktinių ar teisiųjų kliūčių trukmės laikotarpiui.

7 straipsnis

Prašančioji Susitariančioji Šalis trečiųjų valstybių piliečius ir asmenis be pilietybės perima atgal, jei prašomoji Susitariančioji Šalis po perėmimo nustato, kad 4 straipsnyje nurodyti reikalavimai nebuvo patenkinti.

III Skyrius
Pergabenimas
8 straipsnis

(1) Kiekviena Susitariančioji Šalis apsiima su policijos palyda pergabenti kitos Susitariančiosios Šalies prašymu trečiųjų valstybių piliečius ar asmenis be pilietybės, jei yra užtikrintas jų tolimesnis vykimasis per kitas galimas tranzitines valstybes ir perėmimas į paskirties valstybę.

(2) Pergabenti nėra prašoma ir šis prašymas gali būti atmestas, jei su asmeniu kitoje tranzitinėje valstybėje arba paskirties valstybėje gali būti nežmoniška arba pažeminančiai elgiamasi arba jis gali būti taip baudžiamas ar jam gresia mirties bausmė arba pavojus jo gyvybei ar laisvei dėl jo rasės, religijos, tautybės, priklausomybės tam tikrai socialinei grupei ar dėl politinių pažiūrų. Gali būti atsisakyta pergabenti ir tada, jeigu trečiosios valstybės pilietis prašomoje Susitariančioje Šalyje turėtų būti persekiojamas dėl baudžiamosios atsakomybės arba paskirties valstybėje arba kitose pergabenimo valstybėse jam gresia persekiojimas dėl baudžiamosios atsakomybės.

(3) Jei prašomoji Susitariančioji Šalis atsisako patenkinti prašymą pergabenti dėl būtinų sąlygų nebuvimo, tai atsisakymo priežastis ji turi pranešti prašančiajai Susitariančiajai Šaliai.

(4) Prašomosios Susitariančios Šalies tranzitinės vizos nereikia.

(5) Pergabėnimui perimamas asmuo gali, nepaisant buvusio duoto sutikimo, būti gražintas Susitariančiajai Šaliai atgal, kai vėliau iškyta arba išaiškėja 2 pastraipoje išdėstytos aplinkybės, kurios prieštarauja pergabėnimui, arba jei tolesnė kelionė arba perėmimas paskirties valstybėje nebėra užtikrintas.

IV Skyrius
Palyda
9 straipsnis

(1) Jei asmenys, perimami pagal 3 ir 4 straipsnių nuostatas arba pergabėnami pagal 8 straipsnį, turi būti pergabėnami su palyda, tai prašančioji Susitariančioji Šalis apie tai informuoja prašomąją Susitariančiąją Šalį.

(2) Palydą asmenims iki jų perdavimo prašomajai Susitariančiai Šaliai paprastai duoda prašančioji Susitariančioji Šalis.

(3) Jei yra vykdomas asmonių pergabėnimas pagal 8 straipsnį, naudojant prašančiosios Susitariančios Šalies palydą, tai tolimesnio pergabėnimo oro keiliu atveju prašomoji Susitariančioji Šalis stebi tarpinį nusileidimą jos oro uoste.

(4) Prašančiosios Susitariančios Šalies palydos personalas negali palikti prašomosios Susitariančios Šalies oro uosto tranzitinės zonos.

V Skyrius
Kaštai
10 straipsnis

Visus perėmimo pagal 3 ir 4 straipsnio nuostatas iki prašomosios Susitariančios Šalies sienos bei pergabenimo pagal 8 straipsnį kaštus dengia prašančioji Susitariančioji Šalis. Tas pats galioja ir atgalinio perėmimo atvejams pagal 1 straipsnio 2 pastraipą ir 7 straipsnį.

VI Skyrius
Duomenų apsauga
11 straipsnis

(1) Jeigu vykdant šią Sutartį turi būti perduoti duomenys apie asmenį, tai ši informacija turi būti tik apie:

1. perduodamo asmens ir, reikalui esant, šeimos narių anketinius duomenis (pavardę, vardą, reikalui esant, ankstesnę pavardę, kitus su pavarde susijusius duomenis ar pseudonimą, pavardę, gimimo datą ir vietą, lytį, dabartinę ir ankstesnę pilietybę);
2. kelionės pasą, asmens identifikacinę kortelę ar kitus asmens identifikavimo ir kelionės dokumentus ir leidimus (numerį, galiojimą, išdavimo datą, išdavusią [staigą, išdavimo vietą ir t.t.);
3. kitus perduodamo asmens identifikavimui reikalingus duomenis,
4. buvimo vietas ir kelionės maršrutus,
5. išduotas vizas ar suteiktus kitus leisinio buvimo statusus,
6. kitus turimus duomenis, kurie gali būti naudingi tikrinant perėmimo sąlygas pagal šią Sutartį.

(2) Perduodant pagal šią Sutartį asmens duomenis galioja žemiau išvardinti reikalavimai, atsižvelgiant į kiekvienoje iš Susitariančiųjų Šalių galiojančią vidaus teisę

1. Duomenis gavėjas naudoja tik nurodytam tikslui ir duomenis siunčiančios įstaigos nustatytomis sąlygomis.
2. Gavęs prašymą, gavėjas informuoja duomenis siunčiančią įstaigą apie perduotų duomenų naudojimą ir apie jais naudojamis pasiektus rezultatus.
3. Asmens duomenys gali būti perduoti tik kompetentingoms institucijoms. Tolešnis jų perdavimas kitoms institucijoms galimas tik iš anksto pritarus siunčiančiai institucijai.
4. Siunčiančioji įstaiga įpareigota paisyti perduodamų duomenų tamsingumo, kaip ir jų būtinumo bei proporcingumo, atsižvelgiant į siekiamą tikslą. Kartu turi būti laikomasi atitinkamų šalies viduje galiojančių perdavimo draudimų. Jei pasitvirtina, kad buvo perduoti neteisingi duomenys arba duomenys, kurių negalima buvo perduoti, apie tai nedelsiant turi būti pranešta gavėjui. Jis įpareigotas duomenis ištaisyti arba sunaikinti.
5. Duomenis siunčianti įstaiga ir duomenis gaunanti įstaiga įpareigotos asmens duomenų siuntimą ir priėmimą dokumentuoti.
6. Duomenis siunčianti įstaiga ir duomenis gaunanti įstaiga įpareigotos efektyviai apsaugoti perduotus asmens duomenis nuo neteisėto priėjimo prie jų, neteisėtų pakeitimų juose darymo ir neteisėto jų pėgarsinimo.
7. Perduoti duomenys, kuriuos siunčianti įstaiga ištrina, turi būti per 6 mėnesius ištrinti ir gavėjo.

VII Skyrius
Sutarties įgyvendinimas
12 straipsnis

Aple kitas šios Sutarties įgyvendinimui reikalingas nuostatas yra susitariama Protokole dėl šios Sutarties įgyvendinimo, ypatingai dėl:

1. tarpusavio susižinojimo būdų bei praktikos,
2. duomenų, kurie turi būti nurodyti, pateikiant perėmimo ir pergėbenimo prašymus.

3. dokumentų ir priėmimų reikalingų įrodymų bei pagrindo tai manyti ir jų vertingumo.
4. už šios Sutarties vykdymą atsakingų įstaigų,
5. kaštų sureguliuavimo,
6. ekspertų konsultacijų.

VIII paragrafas
Baigiamieji nuostatai
13 straipsnis

Talkydamos bei interpretuodamos šią Sutartį ir įgyvendindamos jos Protokola, Susitariančiosios Šalys abipusiai remia viena kitą. Galimus ginčytinus klausimus dėl šios Sutarties taikymo ir interpretavimo abi Susitariančiosios Šalys sprendžia diplomatiniais keliais.

14 straipsnis

Susitariančiųjų Šalių įsipareigojimai, kylantys iš tarptautinės teisės sutarčių, dėl šios Sutarties lieka nepakitę.

15 straipsnis

Ši Sutartis įsigalioja pirmą antrojo mėnesio dieną po tos datos, kai Susitariančiosios Šalys viena kitai diplomatiniais kanalais praneša, kad būtinos jų šalies vidaus procedūros šios Sutarties įsigaliojimui yra įvykdytos.

16 straipsnis

1. Ši Sutartis sudaroma neribotam laikui. Ši Sutartis abiejų Susitariančiųjų Šalių sutikimu gali būti keičiama arba papildoma.
2. Kiekviena Susitariančioji Šalis gali diplomatiniais keliais nutraukti šią sutartį. Nutraukimas įsigalioja pirmą dieną to mėnesio, kuris yra po mėnesio, kurį buvo gauta kitos Susitariančiosios Šalies nota.

BGBI. III – Ausgegeben am 12. Jänner 2000 – Nr. 12

3. Kiekviena Susitariančioji Šalis gali šią Sutartį dėl visuomenės saugumo, viešosios tvarkos ar sveikatos priežasčių suspenduoti. Suspendavimas, turi būti atliktas diplomatinio keliu ir įsigalioja nuo to momento, kai viena Susitariančioji Šalis gauna kitos Susitariančios Šalies notą.

Sudaryta *šiuoju* 1998 m. *gruodžio 9d* dviem egzemploriais vokiečių ir lietuvių kalbomis, abu tekstai turi vienodą galią.

Austrijos Respublikos Federalinės
Vyriausybės vardu

Lietuvos Respublikos
Vyriausybės vardu

Konrad Schütz *Dr.* *Seo Chervaz*

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA ON THE RE-
ADMISSION OF PERSONS, WHO ILLEGALLY ENTERED THE TERRI-
TORY OF THE OTHER CONTRACTING PARTY (READMISSION
AGREEMENT)

SECTION I. READMISSION OF NATIONALS

Article 1

(1) Each Contracting Party shall, following prior written agreement, readmit without formality a person who does not fulfil, or no longer fulfils, the conditions in force for entry or residence in the territory of the requesting Contracting Party, provided it is proved or may be validly assumed that he possesses the nationality of the requested Contracting Party. The same shall apply to persons who have been deprived of the nationality of the requested Contracting Party since entering the territory of the requesting Contracting Party without having been given a written promise of naturalization by the requesting Contracting Party, or if the requested Contracting Party has wrongly issued them a travel document.

(2) The requesting Contracting Party shall readmit such persons on the same terms should it subsequently be found within six months that at the time the person left the territory of the requesting Contracting Party he or she did not meet the requirements under paragraph 1.

Article 2

(1) If nationality cannot be established in accordance with article 1, paragraph 1, the diplomatic or consular mission of the Contracting Party whose nationality the person is believed to hold shall on request ascertain it, and if necessary make available a substitute travel document.

(2) The requested Contracting Party shall respond without delay, and in any event within 14 days to requests made according to paragraph 1. If the requested Contracting Party establishes the nationality, it shall immediately issue any substitute travel document which may be required. If the nationality cannot be established, it shall inform the requesting Contracting Party of the reasons.

(3) The return shall take place without delay, and in any event within 30 days of nationality being established. Upon request, such time limit shall be extended by the time taken to deal with legal or practical obstacles. The requesting Contracting Party shall immediately inform the requested Contracting Party of the resolution of such obstacles.

Article 3

The handover of a person who is in need of special care because of his age or state of health or other serious reasons, or in whose case special protective and security measures are needed, shall be notified, at least one week in advance together with an indication of the place and time when the handover is to take place, to the competent authority of the Contracting Party whose nationality the person possesses, so that the Contracting Party can take the necessary measures to receive the person.

SECTION II. ADMISSION OF THIRD-COUNTRY NATIONALS AND STATELESS PERSONS

Article 4

(1) Each Contracting Party shall readmit upon request by the other Contracting Party third-country nationals or stateless persons who do not fulfil or no longer fulfil the conditions in force for entry into or residence in the territory of the requesting Contracting Party, provided that it is proved or may be validly assumed that such persons have entered the territory of the requesting Contracting Party having stayed in, or passed through, the territory of the requested Contracting Party.

(2) The obligation to readmit under paragraph 1 shall not arise for:

1. Third-country nationals or stateless persons, who, upon entering the territory of the requesting Contracting Party directly from the territory of the requested Contracting Party, were in possession of a valid visa or other residence permit of that Contracting Party, or were issued a visa or other residence permit by that Contracting Party on or after entry, unless such persons hold visas or other residence permits which were issued by the requested Contracting Party and which have a longer validity than those issued by the requesting Contracting Party;

2. Nationals of third states with which the requesting Contracting Party has concluded agreements on abolishing the visa requirement, unless such a person reached the territory of the requesting Contracting Party from the territory of the requested Contracting Party through an operation;

3. Third-country nationals or stateless persons who have obtained a visa from another State after leaving the territory of the requested Contracting Party and before entering the territory of the requesting Contracting Party, unless such a person reached the territory of the requesting Contracting Party from the territory of the requested Contracting Party through a facilitation operation or obtained the visa by using fraudulent or forged documents;

4. Third-country nationals or stateless persons to whom the requesting Contracting Party has granted either refugee status in accordance with the Geneva Convention of 28 July 1951 relating to the Status of Refugees, as amended by the New York Protocol of 31 January 1967, or the status of stateless persons according to the New York Convention of 28 September 1954 relating to the Status of Stateless Persons.

5. Nationals of a State with which the requesting Contracting Party has a common border or which is located between the territories of the Contracting Parties, and third-country

nationals or stateless persons who are entitled to reside permanently in such a State, provided that travel to that State is possible.

Article 5

A residence permit within the meaning of this Readmission Agreement means an authorization of any type issued by one Contracting Party, entitling the person to reside on the territory of that Contracting Party. This shall not include temporary permission to reside on the territory of one of the Contracting Parties in connection with the processing of an asylum application.

Article 6

1. The request to readmit must be made within twelve months following knowledge by the requesting Contracting Party of the illegal entry or the illegal residence of the third-country national or the stateless person.

2. The requested Contracting Party shall reply to readmission requests addressed to it without delay, and in any event within 14 days. If the requested Contracting Party refuses to readmit, it shall inform the requesting Contracting Party of the grounds for refusal.

3. The competent authorities of the Contracting Parties inform each other in writing in advance of the place and time of the handover.

4. Readmission of a third-country national or stateless person shall take place without delay, and in any event within three months of the requested Contracting Party giving its consent to readmission. Upon application by the requesting Contracting Party, such time limit shall be extended by the time taken to deal with legal or practical obstacles.

Article 7

The requesting Contracting Party shall take back a third-country national or stateless person if the requested Contracting Party establishes, following readmission, that the conditions laid down in article 4 are not fulfilled.

SECTION III. TRANSIT

Article 8

(1) Each Contracting Party shall take responsibility for the transit under police escort of third-country nationals and stateless persons if the other Contracting Party requests it and if admission by the State of destination and the onward journey through any subsequent transit States are guaranteed.

(2) Transit shall not be requested and may be refused if the third-country national is at risk of inhuman or degrading treatment or punishment, or the death penalty, in the country of destination or in any subsequent transit State, or if his life or liberty is threatened by reason of his race, religion, nationality, membership of a particular social group or political

views. Transit may also be refused if the third-country national would be subject to criminal proceedings in the requested State, or is threatened with criminal prosecution in the State of destination or in any subsequent transit State.

(3) If the requested Contracting Party rejects the request for transit because the necessary conditions are not fulfilled, it must notify the requesting Contracting Party of the grounds of refusal.

(4) No transit visa is required from the requested Contracting Party.

(5) Even if consent has been granted, persons accepted for transit may be returned in the other Contracting Party if circumstances within the meaning of paragraph 2 subsequently arise or come to light which stand in the way of a transit operation or if the onward journey or admission by the State of destination is no longer assured.

SECTION IV. ESCORTS

Article 9

(1) The requested Contracting Party shall be notified by the requesting Contracting Party if an escort is required for persons readmitted under articles 3 or 4 or sent for transit under article 8.

(2) Until the person is handed over to the requested Contracting Party, the escort shall in principle be provided by the requesting Contracting Party.

(3) If persons in transit according to article 8 are escorted by personnel from the requesting Contracting Party, the requested Contracting Party shall, in the event of onward travel taking place by air, supervise the stopover at the airport.

(4) The escort personnel of the requesting Contracting Party may not leave the international area of an airport of the requested Contracting Party.

SECTION V. COSTS

Article 10

All the costs of readmission according to articles 3 and 4, as far as the border of the requested Contracting Party, and the costs of transit according to article 8, shall be borne by the requesting Contracting Party. The same shall apply in cases of readmission according to article 1, paragraph 2, and article 7.

SECTION VI. DATA PROTECTION

Article 11

(1) Where personal data are to be transmitted for the purposes of this Agreement, such information shall concern exclusively:

1. The personal details of the person to be handed over and, if applicable, members of his or her family (surname, patronymic where used, first name, any previous name, nick-

names or pseudonyms, aliases, date and place of birth, sex, and present and previous nationality);

2. The passport, personal identity document, other identity and travel documents and passes (number, period of validity, date of issue, issuing authority, place of issue, etc.);

3. Other details necessary to identify the persons to be handed over;

4. Places of residence and itineraries;

5. Residence permits or visas issued;

6. Any available fingerprints and photographs which may be relevant in assessing the conditions of readmission under this Agreement.

(2) Where personal data are transmitted in the context of this Agreement, the following provisions shall apply, subject to the domestic law in force for each Contracting Party:

1. The data are to be used by the recipient only for the purpose stated and under the conditions laid down by the transmitting authority;

2. The recipient shall inform the transmitting authority on request of the use made of the data transmitted and of the results obtained;

3. Personal data may only be transmitted to the competent authorities. Retransmission to other agencies is permissible only with the prior consent of the transmitting authority;

4. The transmitting authority shall have regard to the accuracy of the data to be transmitted and to considerations of necessity and proportionality in respect of the intended aim of the transmission. Prohibitions against transmission of data under domestic law must be observed. If it is found that inaccurate data or data which should not be transmitted have been transmitted, the recipient must be informed without delay. He is then bound to correct or destroy them;

5. The transmitting and receiving authorities must keep a record of the transmission of personal data;

6. The transmitting and the receiving authority are bound to protect transmitted personal data effectively against unauthorized access, alteration and dissemination;

7. Transmitted data which are deleted by the transmitting authority must also be deleted within six months by the recipient.

SECTION VII. RULES ON IMPLEMENTING THE AGREEMENT

Article 12

Further provisions for the implementation of this Agreement concerning the following subjects will be set down in a protocol on the implementation of this Agreement:

1. The kind of reciprocal notifications to be made and the practical arrangements for them;

2. The details to be included in requests for readmission and transit;

3. The documents and evidence, or means of substantiation, which are required for the purpose of readmission, and the authentication of such material;

4. The authorities competent for the implementation of this Agreement;
5. The arrangements for costs;
6. Consultations with experts.

SECTION VIII. FINAL PROVISIONS

Article 13

The Contracting Parties will assist each other in the application and interpretation of this Agreement and the protocol on its implementation. Disputes arising from the application and interpretation of this Agreement shall be settled through diplomatic channels.

Article 14

The provisions of this Agreement shall not affect the obligations of the Contracting Parties under other international agreements.

Article 15

This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the day on which the Contracting Parties informed each other through diplomatic channels that the respective national conditions for entry into force have been fulfilled.

Article 16

(1) This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be amended or modified by mutual agreement of the Contracting Parties.

(2) Either Contracting Party may denounce this Agreement through diplomatic channels.

Denunciation shall become effective on the first day of the month following the month during which the notification was received by the other Contracting Party.

3. Either Contracting Party may suspend this Agreement on grounds of public security, public order or health. Suspension, which must take place through the diplomatic channel, shall take effect on receipt of notification.

Done at Vienna, on 9 December 1998 in the German and Lithuanian languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal Government:

KARL SCHLÖGL

For the Government of the Republic of Lithuania:

ST. SEDBARAS

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LI-
TUANIE CONCERNANT LA RÉADMISSION DES PERSONNES EN-
TRÉES ILLÉGALEMENT SUR LE TERRITOIRE DE L'AUTRE PARTIE
CONTRACTANTE (ACCORD DE RÉADMISSION)

TITRE I. ADMISSION DES NATIONAUX

Article premier

(1) Après avoir été avertie par écrit, chacune des Parties contractantes admet sans autre formalité les personnes qui ne remplissent pas ou ne remplissent plus les conditions en vigueur applicables à l'entrée ou au séjour sur le territoire de l'autre s'il est prouvé ou plausible qu'elles possèdent la nationalité de la Partie contractante requise. Il en est de même dans le cas des personnes qui, après être entrées sur le territoire de la Partie contractante requérante, ont perdu la nationalité de la Partie contractante requise sans avoir reçu une assurance écrite de naturalisation de la Partie contractante requérante ou auxquelles la Partie contractante requise a délivré à tort un document de voyage.

(2) La Partie contractante requérante réadmet lesdites personnes dans les mêmes conditions lorsqu'un examen ultérieur révèle dans les six mois que lorsqu'elles ont quitté le territoire de la Partie contractante requérante elles ne remplissaient pas les conditions indiquées au paragraphe 1 du présent article.

Article 2

(1) Si la nationalité ne peut pas être déterminée conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord, la mission diplomatique ou la représentation consulaire de la Partie contractante dont l'intéressé est présumé ressortissant se prononce à son sujet et délivre au besoin un document de voyage de remplacement.

(2) La Partie contractante requise répond aux demandes qui lui sont faites conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article sans retard et en tous cas dans les 14 jours. Si la Partie contractante requise confirme que l'intéressé est bien l'un de ses ressortissants, elle délivre sans retard le document de voyage nécessaire le cas échéant. S'il ne lui est pas possible de déterminer la nationalité de l'intéressé, elle informe l'autre Partie contractante des motifs.

(3) Le retour a lieu sans retard, et en tous cas dans les trente jours suivant la date à laquelle la nationalité est déterminée. Sur demande, ce délai peut être prolongé par le temps pris par les obstacles juridiques et pratiques. La Partie contractante requérante informe la Partie contractante requise de la résolution desdits obstacles.

Article 3

La remise d'une personne qui a besoin d'un traitement spécial à cause de son âge ou de son état de santé ou pour d'autres raisons sérieuses, ou qui se trouve dans une situation requérant des mesures spéciales de protection et de sécurité, doit être notifiée, au moins une semaine à l'avance avec une indication du lieu et de l'heure auxquelles la remise aura lieu, à l'autorité compétente de la Partie contractante dont la personne possède la nationalité, afin que la Partie contractante puisse prendre les mesures nécessaires pour recevoir cette personne.

TITRE II. ADMISSION DE RESSORTISSANTS DE PAYS TIERS ET DES APATRIDES

Article 4

(1) Chaque Partie contractante admet à la demande de l'autre Partie contractante des ressortissants d'Etat tiers ou des apatrides qui ne remplissent pas ou ne remplissent plus les conditions en vigueur pour l'entrée ou la résidence dans le territoire de la Partie contractante requérante, s'il est prouvé ou plausible que ces dites personnes étaient rentrées dans le territoire de la Partie contractante requérante, étaient restées, ou étaient passées à travers le territoire de la Partie contractante requise.

(2) L'obligation d'admission n'existe pas dans les cas suivants :

1. Ressortissants d'Etat tiers ou apatrides qui, lorsqu'ils sont entrés dans le territoire de la Partie contractante requérante directement du territoire de la Partie contractante requise, étaient en possession d'un visa valide ou d'un autre permis de résidence de cette Partie contractante, ou à qui avaient été délivré un visa ou un autre permis de résidence de cette Partie contractante après leur entrée, à moins que ces dites personnes possèdent des visa ou autres permis de résidence qui leur ont été délivrés par la Partie contractante requise et qui ont une validité plus longue que ceux délivrés par la Partie contractante requérante;

2. Ressortissants d'Etat tiers avec qui la Partie contractante requérante a conclu des accord ou aboli la nécessité du visa, à moins que cette personne ait atteint le territoire de la Partie contractante requérante du territoire de la Partie contractante requise à travers une opération pour le faciliter;

3. Ressortissants d'Etat tiers ou apatrides qui avaient obtenu un visa d'un autre Etat après avoir laissé le territoire de la Partie contractante requise et avant d'être rentré dans le territoire de la Partie contractante requérante, à moins que ladite personne eut atteint le territoire de la Partie contractante requérante du territoire de la Partie contractante requise à travers une opération pour le faciliter ou obtenu un visa en utilisant des documents falsifiés ou frauduleux;

4. Ressortissants d'Etat tiers ou apatrides auquel la Partie contractante requérante a reconnu le statut de réfugié en application de la Convention de Genève du 28 juillet 1951 sur le statut des réfugiés, modifiée par le Protocole de New York du 31 janvier 1967 ou le statut d'apatride en application de la Convention de New York du 28 septembre 1954 sur le statut des apatrides.

5. Ressortissants d'un Etat avec qui la Partie contractante requérante a une frontière commune ou qui est situé entre les territoires des Parties contractantes, et Ressortissant d'Etat tiers ou apatrides qui ont obtenu le droit de résider en permanence dans un tel Etat, à la condition que le voyage vers cet Etat soit possible.

Article 5

Constituent des titres de séjour, au sens du présent Accord de réadmission les autorisations quelle que soit leur nature, qui ont été délivrées par l'une des Parties contractantes et qui autorisent le séjour sur le territoire de cette Partie. Les autorisations de séjour de durée déterminée sur le territoire de l'une des Parties contractantes en vue de l'examen d'une demande d'asile ne constituent pas des titres de séjour au sens du présent Accord.

Article 6

1. La demande de réadmission doit être faite dans les douze mois qui suivent la connaissance par la Partie contractante requérante de l'entrée illégale ou de la résidence illégale du Ressortissant d'Etat tiers ou de l'apatride.

2. La Partie contractante requise répond aux demandes d'admission qui lui sont présentées sans retard et, en tout cas, dans les 14 jours. Si la Partie contractante requise refuse l'admission, elle communique les motifs de son refus à la Partie contractante requérante.

3. Les autorités compétentes des Parties contractantes s'informent l'une l'autre par écrit à l'avance du lieu et de l'heure de la remise.

4. L'admission de ressortissants d'Etat tiers ou d'apatrides a lieu sans retard et, en tout cas, dans les trois mois à compter de la date à laquelle la Partie contractante requise a accepté l'admission. À la demande de la Partie contractante requérante, ce délai est prorogé tant que subsistent des obstacles juridiques ou concrets.

Article 7

La Partie contractante requérante réadmet les ressortissants d'Etats tiers ou les apatrides au sujet desquels la Partie contractante requise, après les avoir admis, constate qu'ils ne remplissent pas les conditions visées à l'article 4 du présent Accord.

TITRE III. TRANSIT

Article 8

1. Chacune des Parties contractantes fait traverser son territoire sous l'escorte de la police aux ressortissants d'Etats tiers lorsque l'autre Partie contractante le lui demande et qu'elle est assurée que ces ressortissants d'Etats tiers seront admis par l'Etat de destination et pourront poursuivre leur voyage à travers le territoire des autres Etats de transit éventuels.

2. Le transit n'est pas demandé et peut être refusé si les ressortissants d'Etats tiers, dans l'Etat de destination ou dans un autre éventuel Etat de transit, risquent de subir des traitements ou des peines inhumains ou dégradants ou la peine de mort ou si leur vie ou leur liberté est menacée pour des motifs liés à leur race, leur religion, leur nationalité, leur appartenance à un groupe social particulier ou leurs opinions politiques. Le transit peut en outre être refusé si le ressortissant d'Etats tiers est passible de poursuites pénales sur le territoire de l'Etat requis ou est menacé de poursuites pénales sur le territoire de l'Etat de destination ou d'un autre éventuel Etat de transit.

3. Si la Partie contractante requise refuse la demande de transit parce que les conditions nécessaires ne sont pas remplies, elle informe la Partie contractante requérante des motifs de son refus.

4. Un visa de transit de la Partie contractante requise n'est pas nécessaire.

5. Les personnes admises par l'autre Partie contractante en vue du transit peuvent être remises à nouveau, nonobstant l'approbation de la demande si des faits visés au paragraphe 2 du présent article surviennent ou sont connus a posteriori et s'opposent au transit ou si la poursuite du voyage ou l'admission par l'Etat destinataire n'est plus garantie.

TITRE IV. ESCORTE

Article 9

1. Si les personnes qui sont admises conformément aux dispositions de l'article 3 ou de l'article 4 du présent Accord ou qui doivent être conduites conformément aux dispositions de l'article 8 du présent Accord, doivent être escortées, la Partie contractante requise en est informée par la Partie contractante requérante.

2. L'escorte, jusqu'à la remise de la personne à la Partie contractante requise est assurée en règle générale par la Partie contractante requérante.

3. En cas de poursuite du voyage par la voie aérienne, la Partie contractante requise surveille l'escale dans son aéroport des personnel reconduites, conformément aux dispositions de l'article 8 du présent Accord, sous escorte d'agents de la Partie contractante requérante.

4. Les agents d'escorte de la Partie contractante requérante ne sont pas autorisés à quitter la zone internationale de l'aéroport de la Partie contractante requise.

TITRE V. COÛTS

Article 10

Tous les coûts liés à l'admission conformément aux dispositions des articles 3 et 4 du présent Accord jusqu'à la frontière de la Partie contractante requise de même que les coûts de transit visés à l'article 8 du présent Accord sont à la charge de la Partie contractante requérante. Il en est de même dans les cas de réadmission au sens du paragraphe 2 de l'article premier et de l'article 7.

TITRE VI. PROTECTION DES DONNÉES

Article II

1. Les renseignements personnels qui doivent être transmis aux fins de l'application du présent Accord doivent concerner exclusivement :

1) L'identité des personnes à remettre et, le cas échéant, des membres de leur famille (nom de famille, le cas échéant patronyme, prénoms, éventuellement nom antérieur, surnoms ou pseudonymes, nom d'emprunt, date de naissance et lieu de naissance, sexe, nationalité actuelle et, le cas échéant, antérieure);

2) Le passeport, la carte d'identité, les autres documents d'identité ou de voyage et les laissez-passer (numéro, durée de validité, date de délivrance, autorité ayant délivré le document, lieu de délivrance);

3) Les autres informations nécessaires pour identifier la personne à remettre;

4) Le lieu de séjour et l'itinéraire;

5) Les titres de séjour ou visas délivrés à l'intéressé;

6) Les éléments d'identification officielle éventuellement existants qui peuvent être utiles pour vérifier les conditions de remise au sens du présent Accord.

2. Les dispositions ci-après s'appliquent aux renseignements personnels fournis dans le cadre du présent Accord sous réserve du respect de la législation en vigueur de chacune des Parties contractantes :

1) Le destinataire ne peut utiliser ces données qu'aux fins indiquées et aux conditions prescrites par les autorités qui les ont fournies;

2) Le destinataire informe les autorités qui ont fourni les données, à leur demande, de l'usage qui est fait de celles-ci et des résultats qu'elles ont permis d'obtenir;

3) Les renseignements personnels ne peuvent être communiqués qu'aux organes compétents. Ils ne peuvent être ensuite communiqués à d'autres organes qu'après accord préalable de l'organe qui les a fournis;

4) Les autorités qui communiquent les renseignements sont tenues de veiller à l'exactitude de ceux-ci et de s'assurer qu'ils sont nécessaires et en rapport avec l'objet de la communication. Ce faisant, elles sont tenues de respecter les interdictions de divulgation prévues par le droit national applicable dans chaque cas. S'il apparaît qu'ont été communiquées des données inexactes ou qui n'auraient pas dû l'être, le destinataire doit en être averti sans retard. Il est tenu de procéder à la rectification des renseignements ou à leur destruction;

5) Les autorités qui communiquent les données et celles qui les reçoivent sont tenues de consigner la communication et la réception des renseignements;

6) Les autorités qui communiquent les données et celles qui les reçoivent sont tenues de protéger les renseignements d'ordre personnel efficacement de sorte qu'ils ne puissent être connus, modifiés ou communiqués sans autorisation;

7) Les renseignements communiqués qui sont détruits par les autorités les ayant fournis doivent être détruits dans les six mois par les destinataires aussi.

TITRE VII. DISPOSITION D'APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD

Article 12

Un protocole d'application du présent Accord définira les autres règles nécessaires à l'application du présent Accord concernant :

- 1) Les modalités de notification réciproques et les règles pratiques à cette fin;
- 2) Les renseignements qui doivent être contenus dans les demandes d'admission et de transit;
- 3) Les pièces et les éléments de preuve ou éléments établissant la plausibilité, nécessaires à la remise, et la valeur à accorder à ces éléments;
- 4) Les organes compétents pour appliquer le présent Accord;
- 5) Le règlement des coûts;
- 6) L'organisation d'entretiens d'experts.

TITRE VIII. DISPOSITIONS FINALES

Article 13

Les Parties contractantes s'aideront l'une l'autre dans l'application et l'interprétation de cet Accord et du Protocole pour son application. Les différends provenant de l'application et de l'interprétation de cet Accord seront réglés par voie diplomatique.

Article 14

Les dispositions du présent Accord ne modifient en rien les engagements qui résultent pour les Parties contractantes de l'application d'autres conventions de droit international.

Article 15

Cet Accord entrera en vigueur le premier jour du second mois suivant le jour où les Parties contractantes s'informent l'une l'autre par voie diplomatique que les conditions nationales respectives pour l'entrée en vigueur ont été remplies.

Article 16

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être amendé ou modifié par accord mutuel des Parties contractantes.

2. Chacune des Parties contractantes peut dénoncer le présent Accord par la voie diplomatique.

La dénonciation entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le mois durant lequel la notification est reçue par l'autre Partie contractante.

3. Chacune des Parties contractantes peut suspendre le présent Accord pour des raisons de sécurité, de santé ou d'ordre public. La suspension, qui se fait par la voie diplomatique entre en vigueur à la date de réception de la notification.

Fait à Vienne le 9 décembre 1998 en deux exemplaires originaux, en langues allemande et lettone, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche :

KARL SCHLÖGL

Pour le Gouvernement de la République de Lituanie :

ST. SEDBARAS

